

Evangelische Perspektiven

Das Magazin der Landeskirche Braunschweig

Ausgabe 2 | 12

Freiwillig sozial engagiert

Nach Ende des Zivildienstes konkurrieren zwei Angebote um Menschen, die sich sozial engagieren wollen: der Bundesfreiwilligendienst (BFD) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) | Auch die Landeskirche und ihre Diakonie gehören zu den Anbietern | Sie beschäftigen mehr als 100 Personen im FSJ und mehr als 50 im BFD | Beide Gruppen tun nicht nur etwas für Andere, sondern auch für sich selbst.



Editorial | Inhalt

Liebe Leserinnen
und Leser,

die Kirche und ihre Diakonie leben nicht nur von freiwilligem Engagement, sie ermöglichen es auch in ihren Gemeinden und Einrichtungen. Der Bundesfreiwilligendienst (BFD), der den Zivildienst abgelöst hat, konnte in diesen Tagen sein einjähriges Bestehen feiern. Durchaus mit gutem Zuspruch und positiven Perspektiven. Aber auch das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ist weiterhin eine Möglichkeit, sich sozial zu engagieren. Wie beide Modelle im Bereich von Kirche und Diakonie funktionieren, untersucht das Titelthema in dieser Ausgabe.

Außerdem werfen wir mit Helmut Müller einen Blick auf das Bauwesen in der Landeskirche Braunschweig. 17 Jahre lang war er dafür als Leitender Landeskirchenbaurat zuständig. Nun ist er in den Ruhestand gegangen. Darüber hinaus informieren wir Sie über die wichtigsten Diskussionen und Beschlüsse der jüngsten Tagung der Landessynode. Als „historisch“ bezeichnen manche die Entscheidung, die Kirchensteuerverteilung neu zu ordnen.

Einen besonderen Hinweis verdient nicht zuletzt ein neues Nachschlagewerk zum Religionsverfassungsrecht in unserem Land. Kurz, lehrreich und allgemein verständlich erklärt es das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Damit ist es auch ein wichtiges Hilfsmittel für alle, die sich in den Gemeinden engagieren.



Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen
Ihr

Michael Strauß

Michael Strauß

Impressum

Herausgeber Pressestelle der Landeskirche Braunschweig | **Redaktion** Michael Strauß (mic) | **Anschrift** Dietrich-Bonhoeffer-Straße 1, 38300 Wolfenbüttel, Tel. 05331-802108, Fax 05331/802700, presse@lk-bs.de, www.landeskirche-braunschweig.de | **Grafik** tjulipp agentur, 29320 Hermannsburg | **Druck** MHD Druck und Service GmbH, 29320 Hermannsburg | **Titelfoto** epd-bild/Guido Schiefer



In dieser Ausgabe

3 „Theologie, das passt zu dir ...“

Carina Czernek hat durch das Konfirmandenferienseminar ihren beruflichen Weg gefunden.

4 Freiwillig sozial engagiert

Zwei Modelle, sich sozial zu engagieren: der Bundesfreiwilligendienst (BFD) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ). Im Titelthema stellen wir beide vor.

7 Ein reiches, teures Erbe

17 Jahre lang war Helmut Müller für die wertvollen Kirchen im Braunschweiger Land verantwortlich. Was ihm wichtig war, beschreibt er im Interview.

8 Diakonie braucht Zentrale

Vor der Landessynode hat Andreas Seifert seinen Abschlussbericht über die Neuordnung des Diakonischen Werkes gehalten.

9 Reform der Kirchensteuerverteilung

Weniger Bürokratie, mehr Transparenz: das soll ein neues Gesetz zum Finanzausgleich in der Landeskirche bewirken.

13 Gesegnete Zeit

Von Gott geschenkte Zeit kann als erfüllte Zeit erfahren werden, schreibt Landesbischof Weber in seiner aktuellen Kolumne.

14 Das Recht der Religion

Ein neues Nachschlagewerk erklärt das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. Eine Pflichtlektüre.

„Theologie, das passt zu dir ...“

Carina Czernek aus Salzgitter-Bad hat durch das Konfirmanden-Ferien-Seminar (KFS) ihren beruflichen Weg gefunden: Sie studiert Theologie und möchte Pfarrerin werden. Das KFS ist seit vielen Jahren ein Erfolgsmodell.

An ihr erstes Konfirmanden-Ferien-Seminar (KFS) in Südtirol kann sich Carina Czernek aus Salzgitter-Bad noch ganz genau erinnern: „Das hat mir sehr gut gefallen“, urteilt die 21-Jährige heute im Rückblick. „Die Gemeinschaft der Konfirmanden, in einer faszinierenden Landschaft für drei Wochen dem Alltag entrückt ...“ Dabei fand sie Wandern anfangs schrecklich.

„Inzwischen macht mir das Bergauf, Bergab aber richtig Spaß“, versichert die junge Frau strahlend. In der beeindruckenden Bergwelt Südtirols hat Carina Czernek nicht nur zu diesem neuen Hobby gefunden, sondern auch zu ihrer Berufung: Seit verganginem Jahr studiert sie in Göttingen Theologie.

Das alles kam so: Zwar liegt ihre Konfirmandenzeit schon einige Jahre zurück, doch noch immer fährt die junge Studentin jedes Jahr wieder beim KFS mit: „Zunächst war ich noch mal als Zweitfahrerin dabei, danach jeweils als Teamerin.“ Als solche bereitet sie die Seminare ehrenamtlich mit vor und betreut die Konfirmanden vor Ort.

Dass die 21-Jährige überhaupt Gefallen am KFS gefunden hatte, lag zum einen an ihrem Bruder, der bereits zuvor mitgefahren und begeistert war, und an ihrem damaligen Pfarrer in der Gemeinde St. Mariae-Jakobi in Salzgitter-Bad, Tim-Florian Meyer. „Er und seine Teamer haben uns hervorragend motiviert.“

Als Meyer 2007 in eine Gemeinde nach Seesen wechselte, blieben Carina Czernek und andere Jugendliche aus Salzgitter-Bad dem Pfarrer und dem KFS verbunden.

„Es ist einfach faszinierend zu sehen,



Foto: Agentur Hübner

Carina Czernek auf dem Segelflugplatz am Schäferstuhl.

welche Entwicklungssprünge die Konfirmanden in den drei Wochen während des Seminars machen, wie sie offener werden und sich auch mehr zutrauen.“ Erfahrungen im Glauben und Leben, die begeisterten. So begann Carina Czernek sich irgendwann für das theologische Berufsfeld selbst zu interessieren und fragte sich: „Was macht so ein Pfarrer eigentlich den ganzen Tag?“ Antwort fand sie während eines Berufspraktikums in der 11. Klasse, das sie wiederum bei Pfarrer Tim-Florian Meyer machte, diesmal in Seesen, und ein zehnwöchiges Praktikum im vorigen Jahr.

„In dem Beruf hat man hauptsächlich mit Menschen zu tun, mit ihren Sorgen und Nöten, aber auch mit ihrer Freude und ihrem Glück.“ So entstand ihr Berufswunsch, Pfarrerin werden zu wollen. Einzige ernstzunehmende Alternative wäre die Tätigkeit ihres Vaters, eines Polizisten, gewesen. Dass sich die 21-Jährige schließlich für das Theologiestudium ent-

schied, überraschte ihre Eltern zwar zunächst, fand jedoch deren Zustimmung. Ebenso die ihres Bruders sowie ihres Freundes: „Das passt zu dir“, hätten alle gesagt, „du bist offen für die Menschen und immer für die anderen da.“

Adrenalin und Action pur – das ist die andere Seite von Carina Czernek: Mit Vater, Bruder und Freund verbringt sie fast jedes Wochenende Zeit auf dem Segelflugplatz am Schäferstuhl. Ihre Leidenschaft fürs Segelfliegen begann mit 14 Jahren. Sechs Jahre lang flog sie selbst aktiv – bis zum Beginn ihres Theologiestudiums. „Doch seitdem fehlt mir fürs Segelfliegen einfach die Zeit“, bedauert sie. Immerhin spiele sie auch noch Fußball und treffe sich gern mit Freunden. Eines aber möchte Carina Czernek definitiv nicht aufgeben: „Solange es möglich ist, möchte ich weiterhin die Konfirmanden-Ferien-Seminare begleiten. Die drei Wochen im Jahr muss ich mir jeweils irgendwie freischaufeln.“

Titelthema



Foto: Agentur Hübner

Freiwillig sozial engagiert

Nach Ende des Zivildienstes konkurrieren zwei Angebote um Menschen, die sich sozial engagieren wollen: der Bundesfreiwilligendienst (BFD) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ). Auch die Landeskirche und ihre Diakonie gehören zu den Anbietern. Sie beschäftigen mehr als 100 Personen im FSJ und mehr als 50 im BFD. Beide Gruppen tun nicht nur etwas für Andere, sondern auch für sich selbst.

Bundesfreiwilligendienst in der „mit Uns Gemeinde“ in Braunschweig: Michel Schwarznecker freut sich über die bereichernde Arbeit mit anderen Menschen.

„Zivi ist nicht mehr, wir haben jetzt unseren Bufdi...“, heißt es in den Kirchengemeinden der Braunschweiger Landeskirche, seit mit dem Aussetzen der Wehrpflicht zum 30. Juni 2011 auch das Ende des Zivildienstes besiegelt wurde. Um den Wegfall des Zivildienstes zumindest teilweise zu kompensieren, entstand als Nachfolge der Bundesfreiwilligendienst, kurz: BFD. Dessen Freiwillige werden offiziell als „BFDler“ abgekürzt. Doch inoffiziell kursiert das Kürzel „Bufdi“, das viele „BFDler“ auch gern selbst verwenden, wie im Gespräch mit ihnen deutlich wird. Anke Grewe vom Diakonischen Werk, Bereichsleitung Soziale Arbeit in Kirche und Gesellschaft, hingegen schaudert es beim „Bufdi“: „Der Begriff hat es auf die Liste für das Unwort des Jahres geschafft.“ Doch nicht nur in der Begriffsabkürzung hakte es anfangs bei der überstürzten Einführung des Bundesfreiwilligendienstes.

Titelthema

Die Umsetzung des neuen Gesetzes erfolgte innerhalb nur eines halben Jahres. Entsprechend schien anfangs organisatorisch vieles mit heißer Nadel genäht, weil konkrete politische Vorgaben fehlten. Die Verwirrung war bei Trägern und der Zielgruppe groß. Mangels Nachfrage drohte der Bundesfreiwilligendienst bundesweit zum Flop zu werden. „Inzwischen hat sich das beruhigt“, bestätigt Anke Grewe. Ungereimtheiten seien jedoch geblieben, vor allem weil sich für junge Menschen unter 27 Jahren mit dem konkurrierenden Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) Doppelstrukturen anböten, die verwaltungstechnisch auch dem Diakonischen Werk zu schaffen machten. Denn Letzteres koordiniert von Braunschweig-Riddagshausen aus landeskirchenweit sowohl das FSJ als auch den BFD.

Es ist Ansprechpartner für interessierte Freiwillige und deren Einsatzstellen, es organisiert das Bewerbungs- und Vermittlungsverfahren, Begleitseminare und stellt schließlich auch die Bescheinigungen und Zeugnisse aus. „Zum 31. Dezember 2011 hatten wir hier 113 Freiwillige im FSJ und 53 Freiwillige im BFD“, erläutert Ereck Kloppe, Diakonie-Referent Freiwilligendienste. Zehn der BFDler seien in Kirchengemeinden oder Sonderpfarrämtern eingesetzt, die anderen im diakonischen Bereich, vor allem in der Behindertenhilfe, in Krankenhäusern und Altenheimen. Während sich das Freiwillige Soziale Jahr als Jugendfreiwilligendienst an 16- bis 26-Jährige richtet, gibt es beim Bundesfreiwilligendienst bei gleichem Einstiegsalter nach oben hin keine Altersbegrenzung. Beide Dienste richten sich an Freiwillige beiderlei Geschlechts und sind bis zum Alter von 26 Jahren in Vollzeit zu leisten, der BFD ist ab einem Alter von 27 Jahren bei mindestens 20 Wochenstunden für sechs bis maximal 18 Monate auch in Teilzeit möglich. Für beide Dienste sind die Freiwilligen

sozialversichert, erhalten Taschengeld, eine Verpflegungspauschale und gegebenenfalls eine Unterkunft. In beiden Diensten haben die Freiwilligen bis zu einem Alter von 25 Jahren zudem Anspruch auf Kindergeld. Beide Dienste enthalten jeweils 25 Semintage für Weiterbildung. Neben dem Höchstalter unterscheiden sich vor allem die Zuständigkeiten: Das FSJ wird vom Land bezuschusst, zum Teil auch von der Landeskirche gefördert, obliegt in der Festsetzung der Plätze aber im Ermessen des Trägers. Der BFD liegt dagegen in der Zuständigkeit des Bundes. Er wird über das Bundesamt für Familie und zivil-

einen nicht unerheblichen Mehraufwand in der Antragstellung und Verwaltung“, macht Diakonie-Referent Ereck Kloppe deutlich. Anke Grewe ist daher überzeugt, „dass beide Angebote über kurz oder lang zusammengeführt werden“. Im Alltag der Kirchengemeinden fallen die Unterschiede eh nicht auf: Jannis Müller (17) und Michel Schwarznecker (21) hatten sich beide ursprünglich auf eine FSJ-Stelle beworben, wirken aber nun als BFDler in der „mit Uns Gemeinde“ für Menschen mit geistiger Behinderung in der Braunschweiger Weststadt. „Ich kam auf Vorschlag meiner Mut-



Foto: Agentur Hübner

Jannis Müller (Mitte) betreut Jugendliche in der Braunschweiger „mit Uns Gemeinde“.

gesellschaftliche Aufgaben (BAfZA), die Nachfolgebehörde des Bundesamtes für den Zivildienst, durch Verträge mit dem Bund verwaltet. Bundesweit ist die Anzahl der Plätze derzeit auf 35.000 kontingentiert.

„Obwohl sich die Aufgabenfelder und die Arbeitsbedingungen also gar nicht unterscheiden, bedeutet das für uns

ter hierher“, berichtet Jannis Müller, „weil ich ein Jahr bis zu meiner Ausbildung überbrücken wollte.“ Michel Schwarznecker hingegen suchte nach seinem Abi mit stressiger Schulzeit wegen des doppelten Abiturjahrgangs „eine Auszeit vom Schulalltag, auch um mich zu orientieren und meine Berufsperspektive zu finden“.

Titelthema



Foto: Agentur Hübner

René Albert hilft als BFDler in der Braunschweiger Weststadt alten Menschen, ihren Alltag zu bewältigen.

Erst als nach den Anfangswirren klar war, dass auch im neuen Bundesfreiwilligendienst das Kindergeld weitergezahlt wird, waren die beiden beziehungsweise ihre Eltern mit einem BFD-Platz einverstanden und haben es nicht bereut. Zu ihren Aufgaben in der „mit Uns Gemeinde“ gehören zum Beispiel Gruppenangebote mit Begleitung und Betreuung von Menschen mit und ohne Behinderung, Fahr- und Fahrbegleitedienste, häusliche Arbeiten in der Kirchengemeinde sowie die Begleitung von Exkursionen und zu Gottesdiensten. „Hier haben wir riesige Erfahrungen sammeln können und sind im Team mit unserer Pfarrerin und den anderen Mitarbeitern immer von gleich zu gleich behandelt worden“, sagt Jannis Müller. „Von Anfang an wurde uns viel Eigenverantwortung übertragen. Die Arbeit mit Menschen mit und ohne Behinderung macht richtig Spaß.“ Für ihre jeweils eigene Persönlichkeitsentwicklung sei die BFD-Zeit sehr hilfreich gewesen, resümieren die beiden jungen Leute. Jannis Müller weiß jetzt, dass er vor einer Ausbildung zunächst sein Abitur nachholen möchte. Michel Schwarznecker will Sozialarbeit studieren, mit dem Vorteil, dass sein BFD dafür sogar als

Praktikum anerkannt wird. Während junge Freiwillige ihren Dienst also in der Regel für die Berufsorientierung nutzen, gestaltet sich die Motivlage älterer BDFler deutlich komplexer. René Albert zum Beispiel stammt von der Karibik-Insel Martinique, ist 61 Jahre alt und leistet seinen Bundesfreiwilligendienst in der Braunschweiger Emmaus-Gemeinde.

„Mit meinen Eltern ging ich zunächst nach Paris; durch einen Freund entdeckte ich später Deutschland für mich.“ Nach mehreren beruflichen Stationen unter anderem im Theater wurde René Albert hier schließlich Physiotherapeut. Doch für den Ruhestand fühlt er sich noch viel zu vital. Heute hilft er als BFDler zwölf alten Menschen in seiner Kirchengemeinde bei Einkäufen und kleineren häuslichen Arbeiten, hört zu, unterhält und motiviert. Zudem geht er dem Küster in der Gemeinde zur Hand.

Mit großem Erfolg: „Herr Albert ist ein großer Gewinn für unsere Gemeinde“, lobt Pfarrer Michael Ludwig. „Er ist eine Frohnatur, den Menschen zugewandt und für die Leute ein ausgesprochenes Lichtblick.“ Ende August endet der zwölfmonatige Dienst, doch mit seinem sympati-

stischen französischen Akzent formuliert René Albert seinen größten Wunsch: „Ich hoffe, dass mein Antrag auf eine halbjährige Verlängerung durchgeht.“

Noch sind Menschen wie René Albert selten im Bundesfreiwilligendienst: „Nur vier unserer BFDler sind älter als 27 Jahre“, sagt Diakonie-Referent Ereck Kloppe. Doch das soll sich ändern. Kloppe: „Wir planen ein Sonderprojekt für diese Zielgruppe.“ Maximal 20 ältere Freiwillige mit unterschiedlichsten Problemen könnten so wieder in den Arbeitsalltag integriert werden und deren Einsatzstellen von ihren Lebenserfahrungen profitieren. Im günstigsten Fall entstünde so eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

| Michael Siano

Kontakt

Ereck Kloppe, Referat Freiwilligendienste, Diakonisches Werk der Landeskirche Braunschweig, Klostergang 66, 38104 Braunschweig, Tel. 0531/3703000, E-Mail: bfd@diakonie-braunschweig.de, Internet: www.diakonie-braunschweig.de

Ein reiches, teures Erbe

Die wertvolle Bausubstanz der Kirchen im Braunschweiger Land zu erhalten, lag Helmut Müller als Leitendem Landeskirchenbaurat im Landeskirchenamt besonders am Herzen. Wie das auch in Zukunft gehen kann, sagt er im Interview. Im April ist er in Ruhestand gegangen.

Evangelische Perspektiven: 17 Jahre lang haben Sie sich um die Gebäude in der Landeskirche gekümmert. Welche Veränderungen haben Sie erlebt?

Helmut Müller: In dieser Zeit hat es als reinen Kirchneubau nur den Anbau an St. Markus in Braunschweig gegeben. Allerdings konnten wir ein paar schöne Gemeindezentren bauen, zum Beispiel in Seesen, Salzgitter, oder Reißlingen. Auch der Baubereich musste reagieren auf geringere Finanzmittel und zurückgehende Gemeindegliederzahlen.

Wo lagen die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Mir war es immer wichtig, die wertvolle Bausubstanz unserer Kirchengebäude zu erhalten. Die Kirchen mit ihren Türmen sind ja unser Markenzeichen. Gleichzeitig mussten wir uns zunehmend der Frage stellen, wie wir den Bestand unserer Gebäude reduzieren und den veränderten Gegebenheiten anpassen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie dafür?

Besondere Bedeutung gewinnen heute Umnutzungskonzepte. Das erste Projekt dieser Art haben wir vor etwa zehn Jahren in Salzgitter-Üffingen realisiert. Dort konnten wir in einer kleinen Dorfkirche unter der Orgelempore einen Gemeinderaum und eine Küche einbauen, so dass das Gebäude nicht nur als Gottesdienststätte, sondern auch als Gemeindehaus genutzt werden kann. Ein anderes Beispiel in dieser Hinsicht ist die Jugendkirche St. Matthäus in Braunschweig.

Warum gibt es so viele kirchliche Gebäude im Braunschweiger Land?

Weil die Landeskirche in Relation zu ihrer Mitgliederzahl von etwa 370.000 viele Gemeinden hat: rund 400. Das heißt, in nahezu jedem Ort stehen kirchliche Gebäude. Angesichts der Veränderungen wird das in Zukunft kaum so bleiben können.

Viele Gebäude sind allerdings kulturhistorisch bedeutsam. Davon wird man sich doch nicht trennen wollen.

Wir sind in der Region mit Abstand der größte Eigentümer wertvoller Denkmäler, Denkmäler, die erhalten und noch immer in der Funktion betrieben werden, für die sie errichtet wurden. Neben dem großen Schatz romanischer und gotischer Kirchen haben wir einzigartige Zeugnisse herzoglicher Baumeister.

Ein Schatz, der uns im wahrsten Sinn des Wortes teuer ist. Wie können wir die Bauunterhaltung in Zukunft gewährleisten?

Einerseits wird man zukünftig nicht alle Wünsche der Kirchengemeinden verwirklichen können. Und andererseits müssen wir die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass die Kirchengebäude ein kulturelles Erbe darstellen, für das auch öffentliche Mittel bereitgestellt werden sollten.

Allerdings fließen jedes Jahr Millionenbeträge in die Bauunterhaltung.

Aus kirchlichen Mitteln stehen jährlich etwa 1,5 Millionen Euro für die Bauunterhaltung zur Verfügung. Hinzu kommen Zuschüsse aus öffentlichen Fördertöpfen. Es ist wichtig, das Geld möglichst zu vervielfachen:



Helmut Müller.

durch Einwerben von Mitteln, zum Beispiel der Europäischen Union oder von Stiftungen. Dann werden auch größere Summen finanzierbar. Zusammen mit den Kirchengemeinden muss eine Strategie für die Finanzierung umfangreicher Bauaufgaben erarbeitet werden.

Müssen wir uns in Zukunft auch von Kirchengebäuden trennen?

Bisher war dieser Schritt nicht nötig. Das sieht im katholischen Bistum Hildesheim ja schon anders aus. Das zeigt, auch von Kirchengebäuden muss man sich im Zweifelsfall trennen können. Bevor wir diesen Schritt gehen, sollten wir allerdings unsere Phantasie und unser Engagement auf Umnutzungskonzepte richten.

Was war Ihnen besonders wichtig?

Das Zusammenwirken mit den Gemeinden. Dazu gehörte allerdings auch, die Bereitschaft der Gemeinden zu wecken, sich den Veränderungsprozessen zu stellen.

Chronik

Diakonie braucht Zentrale

Interimsdirektor Seifert bittet Landessynode, Einsparungsvorgaben neu zu prüfen

Die Neuordnung des Diakonischen Werkes kann mit der notwendigen Unterstützung der Landeskirche gelingen. Dieses positive Fazit zog Interimsdirektor Andreas Seifert bei der jüngsten Tagung der braunschweigischen Landessynode in Goslar.



Foto: Agentur Hübner

Interimsdirektor Andreas Seifert.

Allerdings gab er zu bedenken, dass die von der Synode intendierte Stärkung der gemeindenahen Kreisstellen mit den beschlossenen Einsparungsvorgaben nicht zu erreichen sei. „Uns fehlen strukturell etwa 350.000 Euro“, betonte Seifert. Diese Summe fehle, wenn der Zuschuss der Landeskirche 2013 auf eine Million Euro sinke. Er forderte deshalb die Landessynode auf, den Zuschuss für das Diakonische Werk noch einmal neu zu prüfen und zu entscheiden.

Nach den Personalkürzungen bleiben seinen Angaben zufolge von 44 Vollzeitstellen in der Zentrale des Diakonischen Werkes etwa 16 Vollzeitstellen übrig. Davon seien lediglich acht Stellen budgetfinanziert, der

Rest werde über Drittmittel getragen. Insgesamt brauche das Diakonische Werk mit allen Mitarbeitenden in den Kreisstellen nur noch 50 Vollzeitkräfte.

Allerdings müsse die Vernetzung der Arbeit weiter durch die Zentrale erfolgen. Denn auch von den verbleibenden 34 Stellen vor Ort seien derzeit 19 (56 Prozent) durch Drittmittel finanziert. Die Anwerbung, Betreuung und Abrechnung erfordere eine Zentrale, die alles fachkundig in der Hand hält:

„Wenn wir hier sparten, verlören wir doppelt und dreifach“, so Seifert. Als Möglichkeit einer künftigen Förderung des Diakonischen Werkes brachte er die Gründung einer Stiftung ins Gespräch. Sie könne auf Erlöse aus dem Verkauf der Betriebsgesellschaften zurückgreifen. Seifert informierte die Landessynode darüber, dass in den vergangenen zwölf Monaten fünf Gesellschaften ohne den Verlust von Arbeitsplätzen über ein Bieterverfahren an andere diakonische Träger verkauft worden seien. Dabei habe das Werk zwar einen Bilanzverlust von rund fünf Millionen Euro in Kauf nehmen müssen, gleichzeitig aber einen Liquiditätszufluss von 7,1 Millionen Euro erzielt. Dieses Geld könne dazu dienen, den Umbauprozess abzufedern.

Seifert ging vor der Landessynode auch auf die bekannt gewordenen Managementprobleme im Diakonischen Werk ein. Die Erkenntnisse der Wirtschaftsprüfer würden juristisch überprüft. Dadurch sollen eventuelle Schuld- und Haftungsfragen geklärt werden. Das bisherige Fazit laute indessen, dass es keine Fälle von Unterschlagung oder Spesenbetrug gegeben habe.

Auch bei der Überprüfung der Mit-

telverwendung rechne er nicht mit Fällen von Unredlichkeit oder Fehlverwendung. Allerdings räumte er Mängel bei der Zuordnung von Kosten, der internen Verrechnung und der Einhaltung steuerlicher Regeln ein. In der Konsequenz seien die Jahresabschlüsse für die Jahre 2009 und 2010 geändert worden, was auch zu korrigierten Steuererklärungen führe. Ob hier Schaden entstanden sei, könne noch nicht gesagt werden. Selbst wenn, wäre nach Seiferts Auffassung zu bedenken, dass die Wirtschaftsprüfer den Aufsichtsräten damals ihre uneingeschränkten Testate erteilt hätten. Es handele sich um komplexe Sachverhalte, die mit Sorgfalt bearbeitet werden müssten, ohne vorschnell einzelne Personen in Misskredit zu bringen.

Seifert wies auch darauf hin, dass er seine Arbeit für das Diakonische Werk Ende Juni vertragsgemäß beenden werde. Vor diesem Hintergrund habe der Aufsichtsrat zwei Personen aus dem eigenen Hause mit je einer halben Stelle für eine weitere Interimsphase von 18 Monaten bis Ende 2013 als Leitung vorgeschlagen. Mittlerweile hat die Mitgliederversammlung am 14. Juni die Berufung von Anke Grewe und Norbert Velten als neue Doppelspitze bestätigt.

Außerdem gab Seifert seiner Hoffnung Ausdruck, dass 2013 ein Diakonisches Werk Niedersachsen gegründet werde. Für das Diakonische Werk Braunschweig könne das die „passende Anschlussstelle auf Niedersachsebene“ darstellen.

Oberlandeskirchenrat Thomas Hofer dankte als Diakoniereferent der Landeskirche Seifert mit herzlichen Worten: Der Hannoveraner Seifert habe ihm, dem gebürtigen Braunschweiger,

Chronik

„das Gefühl für unser Diakonisches Werk zurückgegeben“. Gleichzeitig warb Hofer für die Entwicklung eines Diakonischen Werkes in Niedersachsen und bat insbesondere die Oldenburger Kirche, sich daran zu beteiligen. Auch Domprediger Joachim Hempel

dankte als stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses dem Interimsdirektor. Seifert habe es geschafft, im Diakonischen Werk für transparente Verhältnisse zu sorgen. Landesbischof Weber würdigte die Aufarbeitung der Ungereimthei-

ten in der Einrichtung. Es sei richtig, nicht „das Mäntelchen der Liebe über die Vorgänge zu hängen“. Am Ende müsse auch über Verantwortung geredet werden, ohne einzelne Personen zu diffamieren oder zu kriminalisieren.

Reform der Kirchensteuerverteilung

Landessynode hat ein neues Gesetz zum Finanzausgleich beschlossen

Die braunschweigische Landeskirche erneuert das Finanzierungssystem für ihre 400 Kirchengemeinden. Die Landessynode verabschiedete in Goslar bei zwei Gegenstimmen ein Finanzausgleichsgesetz. Damit baue die Landeskirche Bürokratie ab und schaffe mehr Transparenz, sagte Oberlandeskirchenrat Jörg Mayer. Insgesamt geht es um die Verteilung von mehr als zehn Millionen Euro im Jahr. Derzeit nimmt die evangeli-

sche Landeskirche jährlich rund 60 Millionen Euro an Kirchensteuern ein. Nach dem neuen Modell richtet sich die Höhe der Zuwendungen, die eine Gemeinde aus Kirchensteuern erhält, künftig ausschließlich nach der Zahl der Kirchenmitglieder und der Kirchengebäude. Bislang galt eine Vielzahl von Kriterien, die unter anderem einen hohen Gebäudebestand belohnten und eigene Einnahmen anrechneten. Der

stellvertretende Finanzausschuss-Vorsitzende Joachim Hempel kündigte an, nach einer Lösung für die bevölkerungsschwache Propstei Helmstedt zu suchen. Vertreter der Propstei hatten kritisiert, dass sie durch das neue Gesetz benachteiligt würden. Zur Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig gehören rund 400.000 Mitglieder im Südosten Niedersachsens. |epd



Oberlandeskirchenrat Dr. Jörg Mayer erläuterte der Landessynode den neuen Finanzausgleich in der Landeskirche.

Chronik

Mehr Verantwortung für Gemeinden

Landessynode diskutiert über Kollekten, Kuratoren und Klimaschutz



Harald Welge (vorne links) und Joachim Hempel diskutierten mit der Landessynode über das Kollektenwesen.

Die braunschweigische Landessynode hat die Kirchenregierung gebeten, bei der Aufstellung künftiger Kollektenpläne die Eigenverantwortung der Kirchengemeinden stärker zu berücksichtigen. Sie sollen noch mehr als bisher über die Verwendung der Mittel entscheiden können, in der Erwartung, dass dadurch die Kollektenerträge gesteigert werden. Die Initiative geht auf einen Vorschlag von Domprediger Joachim Hempel (Braunschweig) zurück, der die Glaubwürdigkeit geringer Kollekten in Frage stellte. Für ehrenwerte Zwecke seien auch „ehrenhafte Beiträge“ nötig, sagte er bei der jüngsten Tagung der Landessynode in Goslar. Intensiv diskutierte die Synode die Frage, ob eine geänderte gesetzliche Grundlage notwendig sei, um dieses Ziel zu erreichen. Sie hätte eine Verfassungsänderung erfordert. Unter anderem Synodenpräsident Gerhard Eckels (Braunschweig) äußerte seine Zweifel, ob sich eine neue gesetzliche Regelung lohnt. Und Oberlandeskir-

chenrat Thomas Hofer machte darauf aufmerksam, dass die Gemeinden bereits jetzt über viele Kollekten frei und eigenständig entscheiden können. In einem geschichtlichen Exkurs beschrieb Pfarrer Harald Welge



Synodenpräsident Gerhard Eckels.

(Braunschweig) die Entwicklung des Kollektenwesens seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Dabei wurde klar, dass die Kollekte eine wichtige theologi-

sche Dimension besitzt, indem sie die Kirche als „Kirche für Andere“ kenntlich macht. Von einer gesetzlichen Neuregelung sah die Synode ab. Außerdem hat die Landessynode das Landeskirchenamt gebeten, bis zum November 2012 ein Konzept für den Dienst der „Gemeindekuratoren“ zu erarbeiten. Dabei handelt es sich um ein vergleichsweise neues kirchliches Ehrenamt, das in Ergänzung zu anderen Ämtern in der Gemeinde die Präsenz der Kirche vor Ort sicherstellen soll.

Ein entsprechendes Pilotprojekt wird in Zusammenarbeit mit der hannoverschen Landeskirche im Theologischen Zentrum Braunschweig koordiniert. Die Landessynode würdigte die Initiative und bat außerdem um eine vorläufige Rahmenordnung. Nach Abschluss der fünfjährigen Projektphase sei dann eine Ordnung für den Dienst und die Ausbildung der Gemeindekuratoren vorzulegen. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Synode darüber hinaus dem Thema Klimaschutz. Sie hat das Landeskirchenamt beauftragt, Energieleitfäden, Formulare, Checklisten und Schulungsunterlagen zu erstellen, die zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs führen sollen. Das Ziel dabei ist es, vorhandene Heizungsanlagen zu optimieren und das Nutzungsverhalten zu ändern, damit der Ausstoß von Kohlendioxid verringert wird.

Außerdem soll ein Energie- und Emissionsminderungskonzept für die Gebäude der Landeskirche bis zum November 2013 erstellt werden. Wie Klaus Fischer, Diplomingenieur aus Salzgitter, deutlich machte, beteilige sich die Landeskirche damit an der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums.

Sorge über Extremismus

Landesbischof Weber warnt vor Salafismus und Rechtsextremismus

Landesbischof Friedrich Weber hat sich scharf vom salafistischen Extremismus distanziert. Dieser müsse



Foto: Agentur Hübner

mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden, sagte er vor der Landessynode. Außerdem rief Weber die Kirchen zu Gesprächen mit Moscheegemeinden auf: „Natürlich gehören Muslime und damit auch deren Religion zu Deutschland.“ Muslime seien willkommen und selbstverständliche Mitbürger. Weber ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Die entscheidende Trennlinie verläuft Weber zufolge nicht zwischen Christen und Muslimen und auch nicht

zwischen Demokratie und Islam. Sie finde sich vielmehr zwischen Fundamentalismus und Toleranz und damit zwischen Gewalt und Respekt. Auch die Kirchen hätten im Lauf der Geschichte nur mühsam gelernt, wie das Christentum dem Frieden und dem allgemeinen Wohl dienen könne. Besorgt äußerte sich der Landesbischof über eine „stark politisierte rechtsextreme Subkultur“. Es gebe „No-Go-Areas“, in denen Migranten sich nicht ohne Begleitung bewegen sollten. Neu sei in Niedersachsen die Unterwanderung von Jugendfeuerwehren und Sportvereinen durch Übungsleiter, die aus der rechten Szene kommen. Auch die kirchliche Jugendarbeit sollte nach Einschätzung Webers verstärkt auf diese Gefahr achten.

Außerdem forderte der Landesbischof ein „transparentes Vorgehen“ bei der geplanten Rückholung der mehr als 120.000 Fässer aus dem Atomülllager Asse. „Es geht um die Bewahrung von Schaden und um größtmögliche Sicherheit“, sagte Weber eben-

falls bei der Synodentagung in Goslar. Gleichzeitig begrüßte er den Besuch von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) in dem undichten und einsturzgefährdeten ehemaligen Salzbergwerk im niedersächsischen Landkreis Wolfenbüttel. Abfälle zu produzieren, die über Millionen von Jahren auf Menschen und Tiere tödlich wirkten, erzeuge ein ethisches Problem ersten Ranges, unterstrich Weber. Er hatte den Nachfolger von Norbert Röttgen (CDU) bereits am Tag seiner Benennung aufgefordert, sich persönlich einen Einblick in der Asse zu verschaffen. Der Landesbischof erinnerte daran, dass sich die braunschweigische Landessynode zuletzt im März 2010 für einen Ausstieg aus der Kernenergie zum nächstmöglichen Zeitpunkt ausgesprochen hatte. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) habe bereits 1987 die Auffassung vertreten, dass die Kernenergiegewinnung dem biblischen Auftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, nicht gerecht werde. | epd

Neue Lektorinnen und Lektoren

Landeskirche erhält ehrenamtliche Verstärkung für den Gottesdienst

Die Landeskirche Braunschweig erhält ehrenamtliche Verstärkung für die Gestaltung von Gottesdiensten. 18 sogenannte Lektorinnen und Lektoren wurden am 16. Juni in der Braunschweiger Brüdernkirche in ihr Amt eingeführt. Sie gehen einem nichtkirchlichen Beruf nach, haben aber in einer einjährigen Ausbildung im Theologischen Zentrum gelernt, Gottesdienste vorzubereiten. In der

Landeskirche sind mehr als 200 Lektorinnen und Lektoren tätig, um ein möglichst flächendeckendes Angebot von Gottesdiensten sicherzustellen. Zu den neuen Lektorinnen und Lektoren gehören: Rainer Weißleder (Propstei Bad Harzburg), Dr. Alexander Börger, Achim Brüggemann, Anne-Friederike Freißler, Dominik Gehling, Hans-Joachim Juny, Susanne Schulz-Klingner (Propstei

Braunschweig), Uta Bartels (Propstei Goslar), Wolf-Dieter Hoppe (Propstei Königslutter), Ralf Ditter (Propstei Salzgitter-Bad), Heinrich Dettmer (Propstei Salzgitter-Lebenstedt), Astrid Gödecke, Christian Wolff (Propstei Schöppenstedt), Carsten Reichert, Tamara Schwarz (Propstei Seesen), Günther Henschel (Propstei Vorsfelde), Sabine Heilmann, Susanne Wauer-Ortloff (Propstei Wolfenbüttel).

Chronik

Drei neue Mitglieder

Kirchenregierung beruft Landrat Jörg Röhmann in die Landessynode

Die braunschweigische Landessynode hat bei ihrer jüngsten Tagung in Goslar drei neue Mitglieder vereidigt. Durch Berufung der Kirchenregierung verstärkt Jörg Röhmann (55), Landrat des Landkreises Wolfenbüttel, das Kirchenparlament. Von der Propstei-synode Helmstedt gewählt und in die Landessynode entsandt wurde Eitel Gronwald (68), Diplomingenieur aus Söllingen. Von der Propstei Salzgitter-Lebenstedt gewählt wurde Rolf Warncke (52), Krankenkassenbetriebswirt



Fotos (2): Agentur Hübner



aus Salzgitter Lesse. Synodenpräsident Gerhard Eckels (Braunschweig) nahm ihnen das Gelöbnis ab. Die drei neuen Mitglieder ersetzen Personen, die in

jüngster Zeit aus dem Kirchenparlament ausgeschieden sind. Die Amtszeit der aktuellen Synode endet im Dezember 2013.

An Konföderation festhalten

Landessynode will weitere Zusammenarbeit der Kirchen in Niedersachsen

Die Synode der braunschweigischen Landeskirche hat sich für eine weitere Zusammenarbeit der Kirchen in Niedersachsen stark gemacht. „Die Landessynode hält den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Konföderation für dringend geboten“, heißt es in einem am 1. Juni einstimmig gefassten Beschluss. Zugleich bittet das Gremium die anderen Gliedkirchen, den angestoßenen Reformprozess gemeinschaftlich fortzusetzen. Die gemeinsame Zukunft der evangelischen Kirchen in Niedersachsen ist seit längerem offen. Die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen entstand 1971, mit dem Abschluss der Legislaturperiode ihrer Synode 2014 droht nun ihre Auflösung. Zur Konföderation gehören die vier evangelisch-lutherischen Landeskirchen Braunschweig (rund 370.000 Mitglieder), Hannover (knapp 2,9 Millionen), Oldenburg (447.000) und Schaumburg-Lippe (61.000) sowie die Evangelisch-reformierte Kirche mit Sitz in Leer (188.000).



Foto: Agentur Hübner

Positives Votum der Landessynode zur Konföderation.

Ein Ende der Konföderation würde die Kirchen vor ein politisches Problem stellen, sagte Landesbischof Friedrich Weber: „Bislang war stets nur ein leitender Bischof das Gegenüber der Landesregierung.“ Wenn die Kirchen aber nicht mehr mit einer Stimme sprechen könnten, verlören sie an Einfluss. Dies träfe insbesondere die vier kleineren Kirchen, aber auch die deutlich größere hannoverschen Landeskirche.

In Arbeitsfeldern wie Asylpolitik, Kampf gegen Extremismus oder medizinethischen Fragen arbeiteten die fünf Kirchen bislang eng zusammen, sagte Weber. Für alle Bereiche existierten Lösungen, falls die Konföderation scheitere, sagte Weber. Die braunschweigische Landeskirche wolle aber alles dafür tun, dass die bestehende Zusammenarbeit erhalten und gestärkt werde.

Kirchen fordern mehr Erzieherinnen

Träger von Kitas und Kultusministerium vereinbaren Empfehlungen

Die Kirchen in Niedersachsen und ihre Sozialverbände fordern mehr Erzieherinnen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Krippen. Zwei Fachkräfte für jeweils 15 Kinder, die das Land als Mindeststandard festlege, reichten nicht aus, erklärten sie in Hannover. Gemeinsam mit anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen hatten sich evangelische Kirchen, katholische Kirche, Diakonie und Caritas zuvor mit dem Kultusministerium auf Handlungsempfehlungen für die Arbeit mit unter Dreijährigen geeinigt. Die Empfehlungen seien eine wichtige Unterstützung für die Arbeit in den Krippen, sagte Kultusminister Bernd Althusmann (CDU). Sie wurden dem Ministerium zufolge auch von den kommunalen Spitzenverbänden, weiteren Wohlfahrtsverbänden und Elterninitiativen unterzeichnet. Die Kirchen und ihre Verbände begrüßten die Empfehlungen. Der derzeitige Betreuungsschlüssel reiche aber nicht aus, um sie umzusetzen, sagte der hannoversche Diakoniedirektor Christoph Künkel.

Die Kirchenvertreter forderten bessere Arbeitsbedingungen in den Krippen. Um den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz bis August 2013 zu erfüllen, würden immer mehr gut ausgebildete Fachkräfte benötigt, sagte der Hildesheimer Caritasdirektor Hans-Jürgen Marcus: „Allerdings sind geeignete Fachkräfte immer schwerer zu finden.“

Die evangelischen Kirchen in Niedersachsen sind Träger von rund 1.000 Tageseinrichtungen für Kinder. Die Landeskirche Braunschweig betreibt rund 100 Kindertagesstätten. Unter dem Dach der katholischen Kirche gibt es rund 470 Tageseinrichtungen. | epd

Gesegnete Zeit

Wir können erfüllte und gesegnete Zeit erleben, wenn wir sie uns von Gott schenken lassen. So Landesbischof Weber in seiner aktuellen Kolumne.

Zeit haben, sie einfach besitzen, sich ihrer erfreuen, wer kann das schon? Wer kann das während der Arbeitszeit, in der Freizeit, in der Urlaubszeit? Es ist umgekehrt: Wir vertreiben uns die Zeit. Und – so kann Werner Bergengrün sagen – schließlich tut sie uns den Gefallen, sich vertreiben zu lassen. Zeit auszuhalten, ist schwer. Sich ihr hinzugeben, in einem Sessel, einer Kirchenbank, am Deich, ist kaum auszuhalten. Zu sehr sind wir eingespannt, hineingenommen in die über uns angesetzten Zeitläufe. Wir haben einen Arbeitsplan, einen Pflichtenkatalog für jeden Tag, Pflichten, die nur unter Einplanung von Zeit zu erfüllen sind. Wir haben in unserer verplanten Welt kaum mehr die Chance, Zeit zu haben. Und weil wir diese Chance nicht haben oder sie vertun, indem wir uns die übrige, nicht verplante Zeit auch noch vertreiben, wissen wir im Grunde gar nicht mehr, was Zeit ist. Dabei ist die Zeit viel mehr: Sie ist Geschenk, und wie bei einem echten Geschenk die guten Gedanken des Schenkenden zu erkennen sind, so auch hier. Das Geschenk der Zeit setzt frei. Denn der, der es gibt, verbindet es mit einer einzigen guten Einschränkung: Die Zeit steht dir in deinem bestimmten guten Maß zur Verfügung, einem von Gott gesetztem Maß. Weil das Maß der Zeit von Gott gesetzt ist, bist du entlastet, wenn es darum geht, sie zu füllen. Von Gott gegebene Zeit ist von vornherein gefüllt. Darum singt der Psalmist: „Meine Zeit steht in deinen Händen.“ (Psalm 31,16) Aber wie ist das zu verstehen?

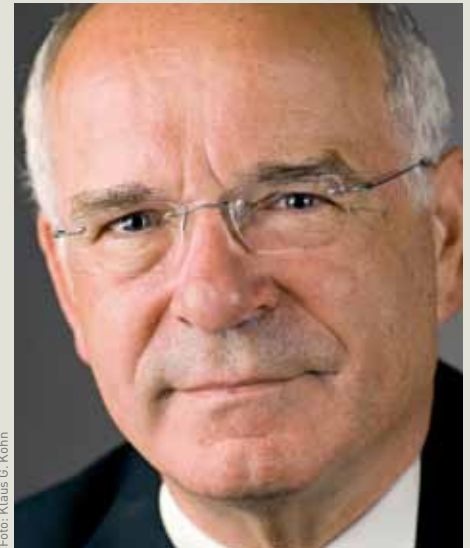


Foto: Klaus G. Kohn

Traditionellerweise wurde dieser Vers auf die Todesstunde gedeutet: „Jetzt steht meine Zeit in Deinen Händen, jetzt erst, wo ich selber mehr und mehr verspüre, wie sie mir entflieht. Jetzt liegt sie bei Dir.“ Hören wir auf Luther: „Meine Zeit entsteht in deinen Händen! Diese Zeile habe ich jetzt in dieser Krankheit gelernt und will sie korrigieren, denn ich bezog sie früher nur auf die Todesstunde. Sie soll aber heißen: In deinen Händen sind meine Zeiten, mein ganzes Leben, alle Tage, Stunden und Augenblicke.“

In Gottes Händen also unsere ganze Zeit: Auch die Arbeitszeit, die Freizeit, die Urlaubszeit; die Zeit der Krankheit genauso wie die der körperlichen Kraft und Stärke, die des Alterns genauso wie die der Jugend. Nur Zeit, die in die Hände Gottes zurückgelegt wird, die aber ebenso aus diesen Händen empfangen wird, ist erfüllte und gesegnete Zeit. Ich wünsche Ihnen gesegnete Zeit.

Rezension

Das Recht der Religion

Ein neues Nachschlagewerk erklärt das religionsrechtliche Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland. Kurz, lehrreich und allgemein verständlich. Eine Pflichtlektüre für alle, die etwas von der Kirche verstehen wollen.

Man muss kein Apokalyptiker sein, um der Volkskirche in Deutschland epochale Herausforderungen zu prognostizieren: Gehörte sie in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik zu den stabilen gesellschaftlichen Größen, muss sie sich heute in einem multireligiösen, pluralistischen und atheistischen Umfeld bewähren. Die selbstverständliche Mitgliedschaft ist ein Auslaufmodell, was nicht nur Auswirkungen auf die zahlenmäßige Größe und Finanzkraft der Kirchen hat, sondern auch auf ihr religionsrechtliches Verhältnis zum Staat. Das haben öffentliche Debatten in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt: sei es der Streit um den Sonntagsschutz oder um religiöse Symbole in öffentlichen Räumen, sei es die Auseinandersetzung um den konfessionellen Religionsunterricht an staatlichen Schulen, oder auch die Kontroverse um die Staatsleistungen, die den Kirchen nach wie vor als Entschädigung für Vermögensverluste gezahlt werden, die sie in früheren Jahrhunderten erlitten haben.

All das ist staatskirchenrechtlich wohl geordnet. Die Regelungen entsprechen dem geschichtlich gewachsenen, besonderen Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland, das von Trennung und Partnerschaft gleichermaßen bestimmt ist. Das Grundgesetz begründet zwar den weltanschaulich neutralen Staat, gleichzeitig aber eröffnet es den Religionsgemeinschaften, nicht nur den Kirchen, öffentliche Räume, um ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Seit dem Ende des Kaiserreiches 1918 gibt es hierzulande kein Staatskirchenrecht mehr. Aber auch den Weg des Laizismus, wie er vor allem in

Frankreich vorherrscht, ist Deutschland nicht gegangen. Deutschland geht auch beim Religionsverfassungsrecht einen „dritten Weg“. Weder regelt der Staat bei uns die inneren Angelegenheiten der Kirche, noch ist die Religion strikte Privatsache.

Eigentlich, so könnte man argumentieren, ist also alles in guter Ordnung. Selbst die europäische Rechtsprechung respektiert das deutsche Staatskirchenrecht. Trotzdem ist es in den vergangenen Jahren zunehmend unter Druck geraten. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe: Der erste, banale Grund lautet: Viele Äußerungen zum Thema scheinen von politischem Kalkül geprägt zu sein. Kirchen zu kritisieren und ihnen vermeintliche Privilegien zu unterstellen, sichert im Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit meistens billigen Erfolg. Der zweite Grund klingt ebenfalls banal, ist es aber vermutlich nicht: Angesichts des kirchlichen Traditionsabbruchs scheinen die Hintergründe und Zusammenhänge des deutschen Religionsverfassungsrechtes vielen Menschen nicht (mehr) geläufig zu sein. Gerade in dieser Hinsicht dürfte der Erklärungsbedarf deshalb besonders groß sein – selbst bis in die kirchlichen Kreise hinein. In diese Bresche springen die Göttinger Staatskirchenrechtler Hans Michael Heinig und Hendrik Munsonius. Sie haben ein neues handliches Nachschlagewerk herausgegeben, in dem 100 Begriffe aus dem Staatskirchenrecht erklärt werden. In kurzen, lehrreichen und weitgehend allgemein verständlichen Texten. Wer sich schnell und kompetent informieren möchte über Themen wie „Dienstgemeinschaft“ oder „Dritter Weg“,

„Kirchensteuer“ oder „Körperschaftsstatus“, „Religionsfreiheit“ oder „Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften“, hat mit diesem Werk eine exzellente und auch noch kostengünstige Hilfe an der Hand. Das Buch ist allen haupt- und ehrenamtlich in der Kirche Tätigen sehr zu empfehlen: Kirchenvorstehern ebenso wie Pfarrern, Mitgliedern von Synoden genauso wie Diakonen und Pfarramtssekretärinnen. Nicht zuletzt deswegen, weil es beim Verhältnis von Staat und Kirche auch um das staatskundliche ABC für mündige Demokraten geht. Wer sich in das Buch von Heinig und Munsonius vertieft, kann nicht nur viel über die Kirche, sondern auch viel über den Staat lernen, in dem wir leben.

Eine Erkenntnis könnte dann sein, dass das deutsche Religionsverfassungsrecht nicht so schlecht ist wie sein öffentlicher Ruf manchmal nahe legt. Es ist dem Ausgleich verpflichtet und verbürgt nicht nur die positive Religionsfreiheit sondern auch die negative. Es schafft denen Recht, die ihre Religion leben wollen, aber auch denen, die von Religion unbehelligt bleiben wollen. Es fordert allerdings von beiden Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden. Wenn das keine gute Grundlage ist? | mic



Hans Michael Heinig, Hendrik Munsonius (Hrsg.): 100 Begriffe aus dem Staatskirchenrecht. Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2012, 303 Seiten, 9,80 Euro.

Problemenergie Atomkraft

Das marode Atommüll-Lager Asse führt den Menschen im Braunschweiger Land in besonderer Weise die Gefahren der Kernkraft vor Augen. Gerade die ungeklärte Endlagerung radioaktiver Abfälle zeigt, dass die Atomenergie ein ethisches Problem ersten Ranges darstellt.

Die Atomkraft ist eine kaum zu verantwortende Form der Energiegewinnung. Das erleben wir gerade im Braunschweiger Land hautnah. Mit Sorge verfolgen wir, wie die Probleme in der maroden Schachanlage Asse II bei Wolfenbüttel erst jahrelang verschleiert wurden und nun kaum noch in den Griff zu bekommen sind. Wird es gelingen, die dort eingelagerten 126.000 Fässer mit radioaktivem Müll zu bergen und die Kontaminierung des Grundwassers zu verhindern? Es ist gut, dass die Politik den gesellschaftlichen Konsens in der Einschätzung der Kernenergie nachvollzogen hat und aus dieser Hochrisikotechnologie nun schrittweise aussteigt. Schon vor der Reaktor-Katastrophe von Fukushima war klar, dass die Nutzung der Kernenergie ein ethisches Problem darstellt. Bereits der Atom-Unfall von Tschernobyl 1986 war eine deutliche Warnung. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle nicht geklärt ist. Bis heute gibt es keinen Ort, wo der Atommüll sicher gelagert werden könnte. Ethisch problematisch sind vor allem die langen Halbwertszeiten: Während sich schwacher und mittelstarker Atommüll erst in mehreren hundert Jahren abbaut, beträgt die Halbwertszeit hoch radioaktiver Abfälle sogar mehrere Millionen Jahre. Das sind nahezu unvorstellbare Zeiträume. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat bereits 1987 die Auffassung vertreten, dass die Kernenergiegewinnung „mit dem biblischen Auftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, nicht zu vereinbaren ist“. Gleichzeitig sprach sie sich dafür aus, „so bald wie möglich auf

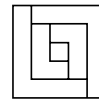


Foto: epd-bild/Realt/Zeilner

Atommüllfässer machen vor dem Reichstag in Berlin auf die Hochrisikotechnologie Atomkraft aufmerksam.

andere Energieträger umzusteigen“. Und die Synode der Landeskirche Braunschweig hat sich zuletzt im März 2010 für einen Ausstieg aus der Kernenergie zum nächstmöglichen Zeitpunkt ausgesprochen. Die bevorzugte Nutzung der Kernenergie sei kein verantwortlicher Beitrag zum Klimaschutz und behindere den notwendigen Umbau der Energieversorgung, hieß es. Abfälle zu produzieren, die über Millionen von Jahren tödliche Wirkungen auf Mensch und Natur ausüben können, erzeugt ein ethisches Problem ersten Ranges. Es zeigt, dass die Folgen der Kernenergie letztlich nicht abschätzbar und deshalb auch nicht beherrschbar sind. Vor diesem Hintergrund war die Rücknahme der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke die richtige politische Entscheidung. In der Asse versucht der Betreiber nun, den allergrößten Schaden zu vermeiden, indem er die dort einge-

lagerten Fässer wieder herausholen will. Doch selbst wenn das gelingt, bleibt die Frage, wohin mit ihnen? In ein oberirdisches Zwischenlager? Einlagerung im benachbarten Schacht Konrad bei Salzgitter? Weil die Sorgen so groß sind, ist nicht nur ein entschlossenes, sondern auch ein transparentes Vorgehen nötig. Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier hat gleich zu Beginn seiner Amtszeit der Asse einen Besuch abgestattet und sich über die Lage informiert. Und er hat den Eindruck erweckt, als wollte er sich mit Hochdruck gerade um die Probleme hier kümmern. Aber auch er kann nicht für eine kurzfristige Lösung sorgen. Eine Bergung der Fässer wird auf jeden Fall viele Jahre in Anspruch nehmen. Deswegen müssen wir damit rechnen, dass uns das ethische Problem der Kernenergie weiter daran erinnern wird, dass wir es hier mit einer Hochrisikotechnologie zu tun haben.



LVH Lutherisches
Verlagshaus GmbH

Eigenständig und kooperativ – Evangelisch in Niedersachsen



40 Jahre Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen



Eigenständig und kooperativ – Evangelisch in Niedersachsen

*40 Jahre Konföderation evangelischer
Kirchen in Niedersachsen*

Herausgegeben im Auftrag des Rates
der Konföderation von Friedrich Weber
und Hans Otte

208 Seiten, gebunden,

29,95 Euro

ISBN 978-3-7859-1067-2

Lutherisches Verlagshaus

Unter einem Dach

1971 schlossen sich die evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen zu einer Konföderation zusammen. Die Veröffentlichung erinnert und vergegenwärtigt diese nun 40 Jahre währende erfolgreiche Zusammenarbeit. Sie beschreibt die Arbeitsfelder der Konföderation in ihrem gesellschaftspolitischen und kirchlichen Zusammenhang, bietet Skizzen der Trägerkirchen und dokumentiert grundlegende Texte für die Arbeit der Konföderation. Der Band bietet damit eine verlässliche Grundlage für die Diskussion über die Zukunft der Konföderation.

Mit Beitragen von Jörg-Holger Behrens
Bernhard Dressler
Thomas Feld
Jan Janssen
Hans-Hermann Jantzen
Hans-Joachim Lenke
Karl-Hinrich Manzke
David McAllister
Ralf Meister
Hans Otte
Stephan Schaede
Jann Schmidt
Rolf Schnellecke
Stefan Schostok
Michael Strauß
Frank Waterstraat
Friedrich Weber
Johann Weusmann



Direkt bestellen:

Internet www.bibli.com

Telefon 0511 / 1241-739

